

## **Bericht der Landtagsdebatte vom 27. - 29. September (49. und 50. Sitzung) - Bildung, Jugend, Sport**

### **Attraktivität des Lehrerberufs steigern - mehr Leistungsgerechtigkeit schaffen**

Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/7386, vom 19.09.2017, 3. Neudruck

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab\\_7300/7386.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_7300/7386.pdf)

### **Gesamtverantwortung für Landesbedienstete wahrnehmen**

Entschließungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/7425 vom 26.09.2017

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab\\_7400/7425.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_7400/7425.pdf)

Bei der begrüßenswerten Anhebung der Besoldungsstufe für Lehrkräfte der Sekundarstufe I und II auf A13 wurden Grundschullehrkräfte übergangen. Viele Lehrkräfte haben sich deswegen zu Recht mit Briefen an den Landtag gewandt. Auch die Kluft zu Berufsschullehrkräften hat sich vergrößert. Der gemeinsame Antrag von CDU und Bündnis 90/Die Grünen fordert die Landesregierung auf, bis zum Ende des 2. Quartals 2018 ein Maßnahmenpaket „Leistungsgerechte Besoldung im Schuldienst“ vorzulegen. Das Paket soll u.a. folgende Eckpunkte enthalten: Das bisher in der Besoldungsgruppe A12 ausgebrachte Eingangsniveau für Lehrkräfte mit der Befähigung in der Primarstufe soll künftig in der Besoldungsgruppe A13 ausgebracht werden. Unter bestimmten Voraussetzungen sollen Lehrkräfte nach dem Recht der DDR von jetzt A10, A11 und A12 in die jeweils höhere Besoldungsgruppe eingruppiert werden. Es wird für die bevorstehenden Tarifverhandlungen empfohlen, die im Antrag skizzierten Änderungen auf tariflich beschäftigte Lehrkräfte zu übertragen. Der Antrag wurde abgelehnt.

In dem beschlossenen Entschließungsantrag erkennt die Koalition zwar an, dass es weitere Schritte bedarf, damit das Land als Arbeitgeber auch zukünftig attraktiv bleibt. Die Koalition macht in ihrem Antrag aber auch deutlich, dass sie weder den bevorstehenden Tarifverhandlungen noch den bereits in Auftrag gegebenen Bericht zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes und zu Seiteneinsteiger\*innen vorgreifen will.

Der gemeinsame Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde abgelehnt, der Entschließungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE wurde angenommen.

[Die Rede dazu könnt Ihr hier lesen...](#)

### **Qualitätsoffensive für die Verpflegung von Kindern und Jugendlichen**

(gemäß Beschluss des Landtages vom 14.07.2016 - Drucksache 6/4560[2.ND]-B)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 6/6856 vom 26.06.2017

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab\\_6800/6856.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_6800/6856.pdf)

Essensgewohnheiten werden früh geprägt. Gesundes Essen in Kitas und Schulen ist uns deswegen ein Herzensanliegen. Laut aktueller Befragung der Schulleiter\*innen werden die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung noch immer nicht erfüllt. Es gibt zu viel Fleisch, zu wenig Gemüse, Salat und Fisch. Der Landtag hatte die Landesregierung beauftragt, in einer Qualitätsoffensive für die Verpflegung von Kindern und Jugendlichen in Brandenburg zehn Maßnahmen zur gesunden Ernährung sowie Bildung und Erziehung zu bündeln und dem Landtag bis Mitte 2017 dazu zu berichten. Der nun dazu vorgelegte Bericht ist nicht zufriedenstellend. Die Antworten auf die konkreten Arbeitsaufträge aus dem Landtagsbeschluss erschöpfen sich weitgehend in einer Beschreibung der intendierten Sachverhalte. Die ‚Vernetzungsstelle Schulverpflegung‘ ist mit 1,3 Stellen unterfinanziert und entsprechend ist sie nur jeder zweiten Schule bekannt. Zu dem Anliegen des Landtags, Kitas verstärkt in die Beratungsarbeit einzubeziehen, wollen die Ressorts sich noch verständigen. Wir vermuten, dass diesbezüglich noch nichts passiert ist. Der Bericht gibt wenig Auskunft über den Fortgang nach dem Tafelrundenprozess von 2016 und die Regierung informiert unzureichend über die ausgereichten Fördersummen und bewilligten Projekte.

[Die Rede dazu könnt Ihr hier lesen...](#)

### **Gesetz zur Änderung bestattungs- und gräberrechtlicher Vorschriften**

Gesetzentwurf der Landesregierung,

Drucksache 6/7368 vom 13.09.2017, 1. Lesung

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab\\_7300/7368.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_7300/7368.pdf)

Die Landesregierung hat eine Novelle des Bestattungsgesetzes vorgelegt, die z. T. auf einen Auftrag des Landtages zurückging. Zum einen soll damit die Bestattung in Grüften, Grabkammern und Grabgebäuden geregelt werden. Zum anderen lautete der Auftrag, klarzustellen, dass keine Sargerfordernisse bestehen. Zweites hatte sich erübrigt, weil eine Sargerfordernisse schon jetzt nicht im Gesetz enthalten ist. Allerdings finden wir, dass die Bestattungsregelungen für Menschen muslimischen Glaubens im Gesetz klarer gefasst sein könnten.

Der Gesetzentwurf enthält das Verbot von Zubettungen und die Erlaubnis, Teile der Asche zu entnehmen, wenn es der ausdrückliche Wunsch der/des Verstorbenen war, um daraus z. B. Diamanten zu erstellen. Zu beiden Themen haben wir noch Diskussionsbedarf. Uns fehlt in dem Entwurf eine sensiblere Regelung zur Bestattung von Frühchen. Der Entwurf belässt es bei der jetzigen Regelung, wonach für „Sternenkinder“ mit einem Gewicht unter 1000 Gramm keine Bestattungspflicht besteht. Die Mehrheit der Bundesländer ziehen die Grenze bei 500 Gramm, wir können uns eine Aufhebung jeglicher Grammbeschränkung vorstellen. Der Entwurf ist federführend in den Ausschuss für Inneres und Kommunales und in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie überwiesen worden und wird vermutlich im Rahmen einer Anhörung mit VertreterInnen der Religionsgemeinschaften weiter beraten.

Der Gesetzentwurf wurde federführend an den Ausschuss für Inneres und Kommunales und in den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie überwiesen.

[Die Rede dazu könnt Ihr hier lesen...](#)

### **Sicherung hochqualifizierter Fachkräfte in den naturwissenschaftlich-technischen Berufen (MINT)**

Antrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/7385, vom 19.09.2017, Neudruck

[https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab\\_7300/7385.pdf](https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w6/drs/ab_7300/7385.pdf)

Der Antrag enthält eine Reihe von Selbstverständlichkeiten, um den MINT-Fachkräftenachwuchs mit Maßnahmen im Bildungsbereich, der Hochschulen und der Wirtschaft zu fördern, ohne wirklich konkret zu werden, bis auf den Vorschlag zur Unterstützung des im Bundestag diskutierten MINT-E-Portals. Aber zum Einen fehlt uns bei dem Antrag der spezielle Fokus auf der frühen Bildung, auf Kita und Schule. Dies ist misslich, denn das frühe Lernen erlaubt einen spielerischen Umgang, kann den konkreten und lebensnahen Verwendungszweck für die Technik aufzeigen und verhilft vor allem Mädchen in einer Zeit, in der die Rollenverständnisse noch nicht gefestigt sind, zu einem selbstbewussten Umgang mit Technik. Zum Anderen enthält der Antrag – wie so viele Koalitionsanträge – mal wieder viel Wohlfühlwatte und wenig Konkretes. Da er aber nicht schädlich ist, haben wir ihm zugestimmt.

[Die Rede dazu könnt Ihr hier lesen...](#)

### **Mündliche Anfragen**

**Landtag Brandenburg Drucksache 6/7399**

**1030.**

#### **Bürgerticket für Potsdam**

Potsdam erwägt laut PNN-Bericht vom 05.07.2017 einschneidende Maßnahmen, um die selbst gesteckten Klimaschutzziele zu erreichen. Dazu gehört auch ein besserer Nahverkehr. Laut PNN werde in dem Zusammenhang der ticketfreie Nahverkehr geprüft. Bei diesem Modell müssten alle Einwohner der Stadt eine monatliche Pflichtgebühr für die fahr-scheinfreie Nutzung von Bussen und Trams zahlen. Oberbürgermeister Jann Jakobs machte laut PNN allerdings deutlich, dass ein Bürgerticket für den Nahverkehr nicht kurzfristig umsetzbar sei, sondern unter anderem auch mit der Landesebene abgestimmt werden müsse.

Ich frage die Landesregierung: Wie positioniert sie sich in den Verhandlungen mit der Landeshauptstadt Potsdam zu der Idee der Einführung eines Bürgertickets?

**1054.**

#### **Sportgerichtsurteile zu den Auseinandersetzungen zwischen dem SV Babelsberg 03 und dem FC Energie Cottbus beim Spiel am 28.04.2017**

Der SV Babelsberg 03 wurde von dem Sportgericht zu einer Strafe von 7.000 Euro verpflichtet, weil 03-Fans am 28.04.2017 beim Spiel gegen den FC Energie Cottbus im Karl-Liebknecht Stadion rund 100 Rechten und Neonazis im Gästeblick von FC Energie Cottbus zugerufen haben „Nazischweine raus“ -und weil Pyrotechnik gezündet wurde. Dem FC Energie Cottbus, dessen Fans ebenfalls Pyrotechnik zündeten, vor allem aber auch den Hitlergruß zeigten und „Arbeit macht frei, Babelsberg 03“ skandierten, wurde stattdessen ein Teil der vorab von dem Regionalgericht verhängten Strafe zur Bewährung ausgesetzt (4.000 Euro von 10.000 Euro), sodass er weniger Strafe zahlen muss als der SV Babelsberg 03. Der Nordostdeutsche Fußballverein (NOFV) lehnte eine Berufung aus formal-rechtlichen Gründen ab. Der SV Babelsberg 03 zieht nun vor ein Zivilgericht.

Der Potsdamer Oberbürgermeister Jann Jakobs hat sich als Vorsitzender des Bündnisses „Potsdam bekennt Farbe“ im Streit um dieses Sportgerichtsurteil des NOFV solidarisch mit dem Regionalligisten SV Babelsberg 03 erklärt, indem er -laut PNN-Berichterstattung vom 16.09.2017- sagte: „Es kann nicht sein, dass der Verein dafür bestraft werden soll, weil sich seine Anhänger gegen rechtsradikale und fremdenfeindliche Gesänge und Parolen von Gästefans im Karl-Liebknecht-Stadion gewehrt haben.“

Mit der Strafe gegen Babelsberg setzt der NOFV ein fatales Zeichen gegen Zivilcourage und die Grundwerte des Sports.

Ich frage die Landesregierung: Wie positioniert sie sich zu den beschriebenen Sportgerichtsurteilen zu den Auseinandersetzungen zwischen dem SV Babelsberg 03 und dem FC Energie Cottbus am 28.04.2017?